Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2356**

16. Wahlperiode 07. 08. 2006

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/2249 –

Politischer Dialog mit Südafrika zum Thema HIV/Aids-Bekämpfung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung ordnet die Republik Südafrika aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als Schwerpunktpartnerland der Entwicklungszusammenarbeit ein. Als drittgrößter bilateraler Partner hat die Bundesrepublik Deutschland in den Regierungsverhandlungen mit Südafrika 2004 Zahlungen in Höhe von 66,2 Mio. Euro für den Zeitraum von zwei Jahren vereinbart. Querschnittsthema der Entwicklungszusammenarbeit ist aufgrund seiner herausragenden Bedeutung das Thema HIV/Aids. Nach Schätzungen von UNAIDS sind in Südafrika 2006 5,5 Millionen Menschen bei immer noch steigender Tendenz mit HIV/Aids infiziert.

Gerade in diesem von HIV/Aids so stark betroffenen Land agiert die „Rath Health Foundation". Diese international tätige „Rath Health Foundation" betreibt eine Kampagne mit dem Ziel, Krankheiten im Bereich von Herz-Kreislauf, Krebs und Aids mit Hilfe einer Mischung von Vitaminen, Aminosäuren und anderen Mikronährstoffen zu bekämpfen. Gegründet und geleitet wird die Stiftung von Dr. Matthias Rath, der schon in der Bundesrepublik Deutschland wegen seiner unseriösen Vorschläge zur Krebstherapie Schlagzeilen gemacht hat und bereits in diesem Zusammenhang wegen irreführender Werbung in Bezug auf seine Vitaminpräparate zur Heilung von Krebs verurteilt worden ist. Derzeit konzentriert sich Dr. Matthias Rath auf die HIV/Aids-Bekämpfung in Südafrika. Er proklamiert, dass er die Immunschwäche durch seine Vitaminpräparate heilen könne. Dr. Matthias Rath konzentriert sich mit seinen Aktionen auf die schwarzen Townships um Kapstadt, gleichzeitig hat er eine breit angelegte Medienkampagne für Vitaminbehandlungen und gegen den Einsatz antiretroviraler Medikamente gestartet. Selbst im Zusammenhang mit der UNGASS verteilte er Flugblätter mit seinen irreführenden Ansichten. Im März dieses Jahres wurde Dr. Matthias Rath wegen falscher Aussagen über die NRO TAC, Treatment Action Campaign, in Kapstadt verurteilt.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 1. August 2006 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Sind der Bundesregierung die Behandlungsmethoden des Dr. Matthias Rath und der „Rath Health Foundation“ in Südafrika bekannt?

Der Bundesregierung sind die öffentlichen Äußerungen von Dr. Matthias Rath und Vertretern seiner Stiftung und deren Positionen zur angeblich toxischen Wirkung antiretroviraler Medikamente bei der Bekämpfung von HIV/Aids bekannt. Bekannt sind ebenso deren Auffassungen zur Wirksamkeit bestimmter alternativmedizinischen Methoden bei der Behandlung der Immunschwächekrankheit Aids.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen der Kampagne des Dr. Matthias Rath zur Aids-Bekämpfung vor dem Hintergrund, dass seine Produkte unter anderem in Deutschland nicht zugelassen sind und er in der Bundesrepublik Deutschland bereits wegen irreführender Werbung in Bezug auf seine Vitaminpräparate zur Heilung von Krebs verurteilt worden ist?

Die von Dr. Matthias Rath vertretenen Auffassungen über die angeblich toxische Wirkung dieser antiretroviralen Arzneimittel sind wissenschaftlich nicht belegbar. Dr. Matthias Rath konnte zudem die Wirksamkeit hoch dosierter Vitaminpräparate bei der Bekämpfung bestimmter Erkrankungen, darunter auch Krebs und Aids, wissenschaftlich nicht nachweisen. Nach Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft ist die von Dr. Matthias Rath favorisierte Behandlungsmethode nicht geeignet, im Fall lebensbedrohlicher Erkrankungen wie Krebs und Aids herkömmliche, wissenschaftlich belegte Behandlungsmethoden zu ersetzen. Der Bundesregierung sind auch die einschlägigen Gerichtsentscheidungen im Zusammenhang mit dem Vertrieb seiner Präparate bekannt.

3. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der Kampagne und Aktivitäten der „Rath Health Foundation“ auf die Ausbreitung von HIV/Aids, insbesondere aber auf die Behandlung bereits infizierter Menschen (durch antiretrovirale Medikamente) in Südafrika vor dem Hintergrund ein, dass es Medienberichten zufolge durch die angewandten Behandlungsmethoden bereits zu Todesfällen gekommen ist?

Grundsätzlich ist die Bundesregierung der Auffassung, dass jedem HIV-Infizierten alle medizinisch und wissenschaftlich erprobten und auf dem Markt befindlichen Medikamente sowie einwandfrei gesicherte Behandlungsmethoden zur Verfügung stehen müssen. Deshalb teilt die Bundesregierung auch nicht die Positionen von Dr. Matthias Rath zur Vermeidung von HIV/Aids. Zu den konkreten Auswirkungen der „Rath-Health-Foundation“ auf die Gesundheitslage in Südafrika hat die Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Rath-Foundation von der südafrikanischen Regierung unterstützt wird, vor allem durch die dortige Gesundheitsministerin?

Ja, der Bundesregierung ist bekannt, dass die südafrikanische Regierung und die „Rath-Health-Foundation“ in bestimmten Projekten zusammenarbeiten.

5. Hat die Bundesregierung diesbezüglich bereits mit der südafrikanischen Regierung Kontakt aufgenommen?

Die HIV/Aids-Problematik ist regelmäßiger Bestandteil der Kontakte der Bundesregierung mit der südafrikanischen Regierung. Die Bundesregierung nutzt bei den sich bietenden Gelegenheiten ihren Einfluss auf die südafrikanische Regierung, um in der gesamten Tragweite auf die Problematik aufmerksam zu machen.

6. Beabsichtigt die Bundesregierung das Handeln der Rath-Foundation in Südafrika weiterzuverfolgen?

Die Bundesregierung beobachtet laufend und intensiv die politische Entwicklung in Südafrika. Das schließt die Gesundheitspolitik ein. In diesem Zusammenhang beobachtet die Bundesregierung auch das Handeln der „Rath-Health-Foundation".

7. Beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Rath-Foundation ihre Kampagne weiterverfolgt bzw. ausweitet, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung wird in der bewährten intensiven Form der Informationspolitik und der aktiven Bekämpfung von HIV/Aids in Südafrika ihre Arbeit fortsetzen. In dieser Arbeit wird die Bundesregierung von einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen in Südafrika aktiv unterstützt. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit war es in der Vergangenheit und wird es in Zukunft sein, die Wichtigkeit der öffentlichen Debatte im Zusammenhang mit der Bekämpfung von HIV/Aids herauszustellen und die negativen Folgen des Verschweigens deutlich zu machen. Die eigenen Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Thema sind dabei der Maßstab.

8. Wenn nein, plant die Bundesregierung, die Regierung Südafrikas über das Handeln von Dr. Matthias Rath in Deutschland und Europa in Bezug auf die Heilung von Krebs und anderen Krankheiten in Kenntnis zu setzen?

Die Bundesregierung wird ihre bisherige Informationspolitik zu diesem Thema mit ihren Vertretern vor Ort fortführen.

9. Welche Möglichkeiten hat und nutzt die Bundesregierung, auf die Aids-Politik Südafrikas einzuwirken?

Die Bundesregierung hat mit der Republik Südafrika die Bekämpfung von HIV/Aids als Querschnittsaufgabe der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vereinbart. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass HIV/Aids in allen Lebens- und Arbeitsbereichen bekämpft werden muss und es keine Beschränkung auf den medizinischen Sektor gibt. Im Rahmen der bilateralen EZ fördert die Bundesregierung derzeit drei spezielle Vorhaben, die der Bekämpfung von HIV/Aids dienen und Einfluss auf die entsprechende Politik Südafrikas nehmen.

Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) stellt die Bundesregierung über die KfW Entwicklungsbank einen Zuschuss in Höhe von 19,0 Mio. Euro für ein Vorhaben zur Verfügung, das dem Aufbau von Einrichtungen zur HIV-Prävention durch freiwilliges Beraten und Testen dient.

Im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) werden über die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zwei Vorhaben unterstützt. Erstens wurde zur Stärkung der Verankerung von HIV/Aids-Bekämpfung in allen Vorhaben der deutsch-südafrikanischen EZ ein TZ-Querschnittsfonds eingerichtet (deutscher Beitrag: 1,0 Mio. Euro). Zweitens erhält die regierungsunabhängige Nelson-Mandela-Stiftung technisch-organisatorische Unterstützung in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Stiftung nimmt eine Mittlerfunktion zwischen offizieller Regierungspolitik Südafrikas und unabhängigen politischen Kräften im Land ein. Sie hat sich eine unbestritten hohe Reputation in Südafrika und international erworben. Ihr Ansehen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft garantiert eine

langfristige Grundlage für die begonnene Arbeit. Außerdem unterstützt die TZ in mehreren „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft“ die Etablierung von Modellen zur HIV/Aids-Aufklärung und -Behandlung in Unternehmen. So hat VW Südafrika mit GTZ-Unterstützung ein Arbeitsplatzprogramm zur HIV/Aids-Bekämpfung umgesetzt, das im Jahr 2005 durch die „Global Business Coalition on HIV/Aids“ (GBC) als bestes solches Programm ausgezeichnet wurde.

10. Wie hoch ist der deutsche Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit für die Bekämpfung von HIV/Aids für Südafrika?

Insgesamt hat die Bundesregierung für laufende HIV/Aids-Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika 22,5 Mio. Euro zugesagt; hiervon entfallen 19,0 Mio. Euro auf Zuschüsse der Finanziellen Zusammenarbeit und 3,5 Mio. Euro auf Leistungen der Technischen Zusammenarbeit.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

11. Welchen Einfluss nimmt die Bundesregierung auf die Umsetzung von HIV/Aids-Bekämpfungsprogrammen in Südafrika?

Auf die Antworten zu den Fragen 7 und 9 wird verwiesen.

12. Nutzt die Bundesregierung ihren Einfluss auf die Regierung in Südafrika, um auf die Problematik hinzuweisen, dass die südafrikanische Anti-Aids-Politik zum Teil höchst widersprüchlich und nicht kohärent erscheint?

Im Rahmen des politischen Dialogs und der Projektarbeit werden von den Vertretern der Bundesrepublik regelmäßig auch die grundsätzlichen Positionen der Bundesregierung, wie sie in der „HIV/Aids-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung“ definiert wurden, vertreten und aktiv umgesetzt. Zudem werden auf allen Ebenen Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern genutzt, um die Position der Bundesregierung deutlich zu machen.

Es ist zu erkennen, dass die Problematik zu HIV/Aids in der südafrikanischen Gesellschaft sehr differenziert diskutiert wird.

13. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass sich die insuffiziente Anti-Aids-Politik des Schwerpunktpartnerlandes Südafrika auf seine Nachbarn in der durch Aids gebeutelten Region südlich der Sahara auswirkt?

Die Bundesregierung weiß, dass nationale Politiklösungen in einer globalen Welt mit fast unbegrenzten Informationsmöglichkeiten Auswirkungen auf benachbarte Länder haben können. Diese Zusammenhänge sind ausführlich auch in einem kürzlich veröffentlichten Bericht von UNAIDS beschrieben worden, der die Auswirkungen von nationaler Politik auf Nachbarstaaten thematisiert. Die Bundesregierung setzt sich auch künftig in ihrer Entwicklungszusammenarbeit dafür ein, dass in der Praxis bewährte und wissenschaftlich fundierte Maßnahmen zur Prävention und Behandlung von HIV/Aids durchgesetzt werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333